



Wochentagslicher Abonnementpreis, in Breslau 1 1/2 Thlr., Wochen-Abonnement, 5 Gr., außerhalb pro Quartal incl. Post 2 1/2 Thlr. — Infektionsgebühr für den Raum einer sechstausend Zelle in Beiträgen 2 Gr., Reklame 5 Gr.

Erscheint: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 458. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

## Deutschland.

Berlin, 30. Septbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Bürgermeister und Kreisdeputirten Quadflieg zu Haaren im Landkreis Lübben und dem Bürgermeister Schiele zu Müncheberg im Kreise Lebus den Nothen Adler-Orden dritter Classe mit der Schleife; dem Pastor Trappe zu Woltersdorf im Kreise Randow, dem früheren Amtshofstus, praktischen Arzt Dr. Neccius zu Hamburg, dem Departements-Thierarzt Dr. phil. Pauli zu Berlin, dem Hypothekenbewahrer, Landgerichts-Arbeitsor. a. D. Diederichs zu Cöln, dem Steuer-Inspector Teller zu Glaz und dem Haupt-Steueramts-Hilfsbeamten Heinemann zu Berlin den Nothen Adler-Orden vierter Classe; dem Geheimen Sanitäts-Rath Dr. Größer zu Hohingen den Königlichen Kronen-Orden dritter Classe; dem ordentlichen Lehrer Dezes an der höheren Bürgerschule zu Saarlouis und dem Steuerzahler Weber zu Schildau im Kreise Lorgau den Königlichen Kronen-Orden vierter Classe verliehen.

Se. Majestät der König hat den Seconde-Lieutenant a. D. Bruno von Lepel zu Ems zum Kammerjunker ernannt; dem Ober-Procurator von Ammon in Saarbrücken bei seiner Versetzung in den Ruheland den Charakter als Geheimer Justiz-Rath, und dem Kaufmann Carl Bittrich zu Königswberg i. Br. den Character als Commerzien-Rath verliehen.

Berlin, 30. September. [Se. Majestät der Kaiser und Königin sind gestern Nachmittag um 2 1/2 Uhr glücklich in Baden eingetroffen.

Der Geburtstag Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin wird, wie alljährlich, auf dem Lande gefeiert, dieses Mal auf Stauffenberg und in Gelenbach.

Ihre königliche Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind von Schloss Mainau in Baden eingetroffen.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] empfang gestern Mittags 1 Uhr mit Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheit der Kronprinzessin den königlich griechischen Gesandten Herrn Rhangab in besonderer Audienz.

Zum Diner bei den höchsten Herrschäften war Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich der Niederlande eingeladen, ebenso Nachmittags zum Thee nach dem Gute Bornstedt der General-Feldmarschall Graf von Wrangel. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 30. Sept. [Die Beziehungen zu Russland. — Das Generalstabswerk. — Das Postwesen. — Das Reichseigenthum. — Die Haushaltspolitik.] Die „Prov.-Corr.“ bespricht heute ebenfalls den gestern schon von uns erwähnten Artikel des „Journal de Petersbourg“ und constatirt die bekannte Thatache von einem ungehörten Einvernehmen der nordischen Mächte. Sie fügt noch die Bemerkung hinzu, daß die Erklärung des „Journ. de Petersbourg“ mit den Ausschungen im Einklang stehe, welche bei dem Meinungsaustausch zwischen den Regierungen Russlands und Deutschlands von beiden Seiten kundgegeben worden sind. Hierdurch wird die Notiz anderer Blätter bestätigt, daß die Erklärung, wie sie gegenwärtig im „Journ. de St. Petersburg“ veröffentlicht wird, auch in amtlich diplomatischer Form an das auswärtige Amt des deutschen Reiches gerichtet worden ist. Es scheint jedoch aus jener Notiz der „Prov.-Corr.“ hervorzugehen, daß es sich nicht um eine einzelne Debatte dieses Inhalts handelt, sondern daß wiederholte ähnliche Kundgebungen an die deutsche Reichsregierung gelangt sind. — Die „Prov.-Corr.“ bringt außerdem nach einer kurzen Einleitung einen Auszug aus dem neuesten Heft des Generalstabs-Werkes über den deutsch-französischen Krieg. Das Regierungssorgan hebt namentlich dieselben Betrachtungen heraus, welche gewissermaßen einen Rückblick auf den Verlauf und die Ergebnisse der Gesamtkämpfe vor Meßwerken. Es ist nämlich von hohem Interesse, aus diesen Betrachtungen zu erkennen, in wie beschiedener und gerechter Weise die Überleitung des deutschen Heeres den Antheil, welcher ihr selbst und welcher den Befehlshabern aller anderen Klassen zufällt bei den Erfolgen jener großen Kämpfe, mit besonderer Objektivität und Bescheidenheit abmäßt. Es wird nämlich in diesen Betrachtungen erklärt, daß eigentlich nur der dritte Schlachttag der Überleitung des Heeres einen durchgreifenden Einfluß nach einem bestimmten Plane gelassen hat, während bei den übrigen Kämpfen vorzugsweise die Geistesgegenwart und das Geschick der einzelnen Führer ins Gewicht gefallen ist. Auch das ist noch hervorzuheben, daß auf die Bedeutung der verschwanzten Lager in der Gattung der großen Befestigungen vor Meß hingewiesen wird, weil nur eine solche Fortification es möglich gemacht hat, daß das französische Heer in drei so bedeutenden Kämpfen dem deutschen Heere Stand halten konnte. — Dem Bundesrat ist ein Gesetzentwurf über die Abänderung des Posttarifes von 1 Sgr. für den gewöhnlichen frankirten Brief auch für die Gebiete süddeutscher Währung an dem Tage in Kraft treten soll, an welchem die Reichsmarkwährung bei ihnen eingeführt wird. Es war dies nötig, um eine größere Gleichförmigkeit der Posttare herbeizuführen, während selbstredend die Taxe von 1 Sgr. für den einfachen Brief sofort eintritt, wenn in den süddeutschen Staaten nicht nur die Reichsmarkrechnung, sondern auch die Reichsmarkwährung eingeführt wird. — Ein zweiter Gesetzentwurf, welcher dem Bundesrat vorgelegt wird, enthält die Bestimmung, daß das Reich von Steuern und sonstigen Lasten, welche nach landesrechtlicher Beslimmung das Einkommen aus Grundbesitz, Gewerbebetrieb oder anderen Quellen treffen, befreit sein soll. Dies Gesetz würde die Conflicte unmöglich machen, in welche die Reichsverwaltung mit verschiedenen Communen gerathen ist, welche sich für berechtigt hielten, das Grundeigenthum des Reiches zu besteuern. — Es ist in Frage gekommen, ob katholische Haushaltspolitie unter das Gesetz vom 11. Mai 1873 fallen; durch einen Erlass des Kultusministeriums vom 24. d. M. ist diese Frage dahin entschieden, daß Haushaltspolitie zur Klasse der Pfarrgehilfen zu rechnen seien und daher unter die Vorschrift des Gesetzes vom 11. Mai fallen, auch wenn über den Umgang ihrer Besitzungen specielle kirchliche Auflage entscheiden.

\*\* Berlin, 30. September. [Der jüngst stattgehabte Besuch des Prinzen Alphons von Asturien in Berlin] hat zu zahlreichen Combinationen über eine spanische Throncandidatur die Prinzen und über die Stellung der Reichsregierung zu dieser Candidatur Veranlassung gegeben. Noch jetzt wird in der Presse eine Alphonsistische Monarchie mit der Unterstüzung der Serrano'schen Regierung schon für die nächste Zeit in Aussicht gestellt und die Machtwirkung Preußens bei diesem Act wenn auch nicht mit Bestimmtheit behauptet, so doch als wahrscheinlich bezeichnet. In der That hätte, wenn überhaupt von einer Thronbewerbung in Spanien die Rede ist,

als Kandidat für diesen Thron Prinz Alphons von Asturien sowohl in Rücksicht auf die inneren Verhältnisse in Spanien als auch auf die europäischen und speciell auf die deutschen Anschaungen über eine Consolidierung der spanischen Regierung die meisten Aussichten. Zunächst ist nicht bekannt, daß derselbe mit irgend einer Partei in Spanien, die ihm in der Erreichung seiner Ziele eher hinderlich als förderlich sein würde, besonders liiert ist, und sodann hat er von Geburt ein Anrecht auf den spanischen Thron. Insofern würde Deutschland dieser Candidatur zweifellos nicht die geringsten Schwierigkeiten bereiten. Daß der Prinz mit seinem jüngsten Besuch in Berlin bezweckt hat, sich über die Stimmung der Reichsregierung und derjenigen Kreise, welche auf unsere Politik einen Einfluß ausüben, Klarheit zu verschaffen, ist nicht wahrscheinlich, da er für derartige Bemühungen keinen ungünstigeren Zeitpunkt, als den gegenwärtigen, in welchem die Leiter unserer Politik zum größeren Theil fern von Berlin weilen, hätte wählen können. Daß aber der Prinz bei seinem hiesigen Aufenthalt weder Gelegenheit hatte, sich Klarheit zu verschaffen, geschweige etwas erreicht hat, kann ich auf Grund zuverlässiger Erkundigung constatiren. Die deutsche Regierung ist durchaus nicht gewillt, auch nur moralisch die Interessen des Prinzen Alphons von Asturien zu fördern und sie bedenkt genau auf dem Boden der vollständigen Nichtintervention in die inneren Verhältnisse Spaniens sich zu halten. Durch ihr Eintreten für die Anerkennung der Madrider Regierung sind freilich auch die inneren Verhältnisse Spaniens berührt worden. Dies war aber nicht der Zweck, sondern nur eine Folge der deutschen Politik, welche allein die Herstellung eines correcten internationalen Verkehrs mit Spanien und die Sicherheit der deutschen Reichsangehörigen, welche sich in diesem Lande aufzuhalten, bezeichnete.

○ Berlin, 30. September. [Reichstagseröffnung und Vorlagen. — Belobigungsschreiben. — Nichtinterventionspolitik in Spanien. — Unterrichtsgesetz. — Homogenität des Ministeriums. — Ultramontane Pressefreiheit in Rheinland und Westfalen. — Discontoeröffnung und Vorlagen. — Belobigungsschreiben. — Nichtinterventionspolitik in Spanien. — Unterrichtsgesetz. — Homogenität des Ministeriums. — Ultramontane Pressefreiheit in Rheinland und Westfalen. — Discontoeröffnung und Vorlagen.] Personen, welche dem Reichskanzleramt nahestehen, glauben im Gegensatz zu unserer gestrigen Mitteilung versichern zu können, daß der Eröffnungstermin des Reichstages für den 18. October in Aussicht genommen worden ist. Sie fügen gleichzeitig hinzu, daß der Reichskanzler in einer Zuschrift seine Anwesenheit im Weißen Saale für nothwendig erklärt hat, woraus der Schluss gezogen wird, daß der Kaiser den Reichstag nicht in Person eröffnen, sondern den Kanzler damit betrauen will. Von derselben Seite kommt man darauf zurück, daß dem Parlamente beim Beginn seiner Sitzungen das Reichs-Budget, die organischen Justizgesetze und das Bankgesetz vorgelegt werden. Aber wenn von bündesträthlicher Seite an diese limitierte Zahl von Vorlagen und namentlich wegen des abgekürzten geschäftlichen Verfahrens bei den Justizgesetzen die Annahme geknüpft wird, daß binnen 8 Wochen die diesjährige Reichstagsession zu Ende geführt werden dürfte, so hören wir dieses von hier lebenden Abgeordneten bezweifeln. Man nahm bereits Kenntnis von einer Reihe von Gesetzesvorschlägen, Anträgen, Interpellationen u. c. der Centrumsfraction, der Elsaß-Lothringer und Socialdemokraten, denen sich das Plenum des Reichstages nicht entziehen kann. Auch von liberaler und conservativer Seite werden aus der Initiative der Fraktionsversammlungen, sowie einzelner Mitglieder Anträge hervorgehen, welche zu lebhaften Debatten führen und selbstverständlich viel Zeit in Anspruch nehmen werden. — Den Commandanten des „Altatros“ und „Nautilus“ ist von zufehender Seite ein Belobigungsschreiben wegen ihres correcten Verfahrens in der Affaire vor Guetaria zugegangen. Hand in Hand damit dürfen die neuen Instructionen gehen, welche sowohl die Commandanten unserer Kriegsfahrzeuge, als auch die diplomatischen Agenten der deutschen Regierung in Spanien gleichzeitig erhalten, und die als oberster Grundzustand jene Mäßigung empfehlen, welche die Nichtinterventionspolitik gegenüber den spanischen Angelegenheiten verlangt. Mit diesem Schritte sind die provozirenden Neuuerungen der offiziellen Pariser Blätter hinfällig geworden, welche die Bewachung der Pyrenäenpässe als ausreichend erklären, hingegen die Einschleppung der Kriegscontrebande zu Wasser quasi als eine Unterlassungsfürde des Auslandes hinstellen. Beides ist unrichtig. Seitens der auswärtigen Mächte ist keine Blokade der fabrikarischen Küste angeordnet, somit ist die offene Straße in den spanischen Gewässern für Jedermann frei, und Niemand hat dort das Recht, Schiffe wegen Kriegscontrebande zu untersuchen, als die unter spanischer Flagge segelnden Kriegsfahrzeuge. Was jedoch die strenge Überwachung der spanischen Grenze seitens der französischen Behörden anlangt, so wird, gutem Vernehmen nach, die spanische Regierung selbst in kürzester Zeit das tatsächliche Material veröffentlichen, welches diese Behauptungen Lügen strafft. — Die Fertigstellung des Unterrichtsgesetzes wird mit gutem Rechte von der Reorganisation der Verwaltung im Sinne des Selfgovernement abhängig gemacht: Dies hindert aber nicht, daß die Arbeiten im Cultusministerium eine Beschleunigung erfahren, welche unfehlbar mit der Rückkehr Dr. Falcks eintreten wird. Bis zur Stunde ist das reiche legislatorische Material in sieben Abschnitten an ebenso viel Referenten verteilt gewesen und gelangte erst vor Kurzem an den Geheimen Rath Dr. Förster. In der nächsten Zeit wird das Ganze im Cultus-Ministerium einer eingehenden Berathung unterzogen werden, worauf es dem Druck übergeben wird, um von sachmännischer Seite eine Begutachtung zu erfahren. Hierauf wird der Entwurf dem Staatsministerium vorgelegt, wo nach dem Geschäftsgange die einzelnen Minister aufgefordert werden, ihre Vota vor dem Zusammentritt des Ministrerraths schriftlich einzureichen. Man beharrt also in informirten Kreisen auf der an dieser Stelle bereits angekündigten Mitteilung, daß das Schul-Unterrichtsgesetz im Laufe dieser Session nicht an das Abgeordnetenhaus gelangen werde. — Der einheitliche Charakter des Gesamtministeriums hat durch den Eintritt des Dr. Friedenthal seinen Abschluß erfahren und dieses ist es, was unseren hochconservativen Junkern Kopfschmerzen verursacht. Sie verbreiten durch ihre Stadtanäle die Nachricht, daß der Ministerpräsident mit der Homogenität des Cabinets nichts weniger als zufrieden sei, weil darin Elemente vorwiegen, die in speziellen Fällen ihren eigenen Weg gehen würden. Was das landwirtschaftliche Ministerium anlangt, so habe der Fürst Bismarck seinen Mann (Herrn v. Blankenburg) vorgeschlagen, dieser habe aber den anderen conservativen Richtungen nicht gefallen wollen, und deshalb

sei der Fürst bei der Ernennung des Dr. Friedenthal theilsnahmlos geblieben. So äußern sich die Ritter von der Tafelrunde der „Kreuzzeitung.“ Einer ernsten Widerlegung bedarf dieses ohnmächtige Parteimanöver nicht. — In Rheinland und Westfalen hat sich wiederholt der Fall ergeben, daß seitens gewisser Bürgermeister, welche mit den Ultramontanen sympathisieren, die Colportage clericaler Zeitungen, Broschüren, Flugschriften u. c. durch Polizeidienner und andere Gemeindebeamte in gemüthlicher Weise betrieben wurde. Es sind bereits Verordnungen der Regierungen von Rheinland und Westfalen erlassen worden, welche diese Colportage als unstatthaft erklären. Die Landräthe mehrerer Kreise erinnern deshalb von Neuem an die Unzulässigkeit dieser ultramontanen Agitation und fordern die Bürgermeister auf, gegen die Vertreter der Gesetze vorzugehen, welche im ultramontanen, staatsfeindlichen Interesse gegen die Obrigkeit und die Staatsgesetze Propaganda machen. — Unsere neuliche Mitteilung über die bevorstehende Erhöhung des Bankdisconto wird sich bestätigen. In hiesigen Finanzkreisen wollte man heute wissen, daß die Maßregel schon morgen beschlossen werde. Selbstverständlich über diese Mitteilung auf die ohnehin in Geschäftsunlust versunkene Börse einen deprimenten Eindruck.

Hamburg, 27. September. [Verurtheilung eines Polizeibeamten.] Viel Aufsehen macht hier der Fall der Verurtheilung eines unserer ersten Polizeibeamten, Weise, zu 15 Monaten Zuchthaus. Amtsbestechung, Unterschlagungen, Begünstigung von Gefangenen, Amtsübergriffe u. c. lagen vor. Die Summe der Amtsvergehen und Verbrechen war um so niederschmetternder, als er sie systematisch seit einer Reihe von Jahren betrieb. Das Aufsehen ist um so größer, als Weise erklärte, seine Kollegen machten es in den meisten Fällen genau wie er, und man habe das nie als Vergehen betrachtet. Wegen dieser Aussagen hat Dr. Banks eine Interpellation an unsere Bürgerschaft gerichtet.

Hannover, 30. September. [Verurtheilung des Pastors a. D. Grote.] In der heutigen Sitzung der Strafkammer wurde Pastor a. D. Grote, der bekanntlich nach verbüßter Gefängnisstrafe den früher incriminierten althannoverschen Volksskalender mit unwesentlichen Änderungen von Neuem herauszugeben für gut fand, wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck, begangen durch wiederholten Abdruck der früher vom Gericht rechtskräftig zur Vernichtung verurteilten Stelle, zu einer viermonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt. Herr Grote leugnet, den Fürsten Bismarck irgend haben beleidigen zu wollen, und berief sich dafür auf die vorgenommenen Änderungen im fraglichen Artikel. Das Gericht erklärte diese für ganz unwesentlich und hob als besonderen Erschwerungsgrund die große Besonnenheit vor, mit der verfahren sei. Von der weiteren Anklage, wegen Verbreitens wissentlich entstellter Thatsachen, um dadurch Staatsverhüllungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wurde Grote freigesprochen; dagegen wegen Verstoßes gegen das Reichspressgesetz (Unterlassung der Bezeichnung des Herausgebers auf dem Kalender) fernerweit zu 30 Reichsmark verurtheilt.

Aus dem üblichen welschen Auditorium im Gerichtssaale wurde nach Verkündigung des Urteils durch den Vorsitzenden ein förmliches Bischen laut; der unzimliche Demonstrant wurde ermittelt und sofort aus dem Saale entfernt.

Kassel, 28. September. [Die Appellationsgerichtsräthe Martin und Klingender] waren, wie s. Z. mitgetheilt wurde, wegen Unterzeichnung des Aufrufs zu Beiträgen für die wegen ihrer Renitenz gegen das königl. Consistorium abgesetzten Geistlichen vom hiesigen Appellationsgericht als Disciplinargericht mit einer Warnung bestraft worden. Auf erhobene Berufung hat nun, wie die „Hess-Morgenzeit.“ hört, das Obertribunal die Warnung zu einem Verweis verschärft und außerdem jeden der beiden Herren zu 100 Thaler Strafe verurtheilt.

Wiesbaden, 28. September. [8. Deutsche Protestantentag.] Nachdem heute Morgen um 9 Uhr der engere Ausschuss zu näherer Berathung zusammengetreten war, versammelten sich die Delegirten, welche den weiteren Ausschuss bilden, Nachmittags um 3 Uhr im Saale der höheren Bürgerschule. Herr Geh. Rath Bluntschli präsidierte; vor den bekannten Mitgliedern des engeren Ausschusses nennen wir Pfarrer König (Heidelberg), Walter Simons (Eberfeld), J. Exter (Neustadt), D. Spiegel (Düsseldorf), Prediger Schiffmann (Stettin), Privatdozent Dr. Schmidt (Berlin), Geh. Hofrat Fresenius (Wiesbaden), Senator Schläger (Hannover), Pastor Dr. Manchot (Bremen), Dionysius Bindau und Professor R. Seydel (Leipzig), Justizrat Fischer und Professor Röbiger (Breslau), Professor Baumgarten (Rostock), Senator Dr. Schläger (Hannover), Senior Dr. Hase in Biebrich. Es sind 60 Abgeordnete anwesend, welche 39 Vereine, sowohl aus dem Süden wie dem Norden Deutschlands vertreten. Auch außerdeutsche Vereine haben Delegirte gesandt, so der holländische Protestant-Verein; die Prediger Hügelnhofer und Loman; die British and Foreign Unitarian Association in London; den Prediger Steinthal aus Manchester; der National conference der unitarischen und anderen christlichen Kirchen in Boston; Nordamerika; die Herren Prediger H. Fish und Clay Mac Caulay; der schweizerische Reformverein; die Herren Decan Mayer aus St. Gallen; Pfarrer Zwingle-Wirth aus Rheinader und Pfarrer Chantre von Genf.

In seinem Eröffnungswort gab Geh. Rath Bluntschli einen Überblick über die Lage des Vereins und teilte mit, daß, nachdem das Heidelberger Comite sich nicht mehr im Stande sehe, die Geschäftsleitung fortzuführen, der Berliner Unionsvverein in dankenswerther Weise sich bereit erklärt habe, die Leitung des Protestantvereins zu übernehmen. Er sprach zugleich seine feste Überzeugung aus, daß dieser Übergang der gedeihlichen Fortentwicklung des Vereins den größten Vorwurf leisten werde. Die Debatte drehte sich zunächst um den künftigen Sitz des leitenden Ausschusses. An derselben beteiligten sich Redakteur Lammers (Bremen), Senior Treblin (Breslau), Privatdozent Dr. Schmidt (Berlin), Diaconus Pastor (Darmstadt), Dr. Schröder, Worms, Decan Zittel (Carlsruhe), Pastor Frischbier (Bremen), Pfarrer Stadelmann (Alsbach-Nassau), Stadtrath Bacharias (Berlin), Geh. Hofrat Fresenius (Wiesbaden).

In eingehender, sachlicher Weise wurde die Gesamtfrage erwogen und dabei von allen Seiten betont, daß der Übergang der Leitung von Heidelberg an einen anderen Ort keinen Grund zu Besorgniß geben könne, vielmehr alle Aussicht vorhanden sei, daß ein neuer Aufschwung des Vereins Lebens erfolgen werde. Geäußerte Bedenken, die aus der localen Lage des vorgeschlagenen Vororts entnommen waren, wurden durch die Darlegungen des Präsidenten und mehrerer Redner bestreift und erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Geschäftsleitung nach Berlin verlegt und dem Vorstande des Berliner Unionsvvereins übertragen werde und sprach zugleich ihr volles Vertrauen zu dem Mut und der Thatkraft, welche die neue Leitung entwidmet werde, aus. Ferner wurde die Bildung von Provinzial- und Landesvereinen für zweckmäßig erklärt, aber die Ausführung den einzelnen Vereinen anheimgegeben. Von der großen Zahl der direkten Mitglieder, welche bisher keinem Vereine angehören, wird gewünscht, daß sie sich künftig den Provinzialvereinen anschließen.

Eine kurze Geschichte der seit vergangenen Thätigkeit des Vereins mit den hauptsächlichen Acten wird von den Herren Prof. Bluntschli und Höning ausgearbeitet werden.

Die von Herrn Prof. Böhmer (Zürich) vorgelegten Thesen wurden mit Hinzufügung einiger Sätze aus den von dem Leipziger Protestantverein angenommenen Thesen des Herrn W. J. Genfle zur Vorlage an den "Vorläufigen Protestantentag" angeworfen. Sie lauten:

I. Die sociale Frage betrifft eine Anselegenheit des Cultus; es schrifft der Menschheit; sie entfällt außer der wirtschaftlichen Seite vorzugsweise eine fittlich-religiöse Aufgabe, an deren Lösung alle Kirchen und Konfessionen in friedlicher Gemeinde mitzuwirken haben.

II. Die sozialen Lebendstände, welche dem modernen Wirtschaftsleben angehören, können wieder durch eine gleiche Verteilung der Güter noch durch eine zwangsläufige Organisation der Produktion und Consumption gehoben werden. Die Kirche hat im Gegensatz zu den sozialistischen Lehren den Grundsatz zu betonen, daß jeder erwachsene handlungsfähige Mensch für seine Wohlacht selbst verantwortlich sei und die Verbesserung der sozialen Zustände mit der Arbeit an sich selbst beginnen müssen. Sie hat daher dahin zu wirken, daß alle ihre Glieder die rechtschaffene Ausnutzung ihrer Erwerbstätigkeit und ein weises Haushalten mit den ihnen anvertrauten Gütern sich zur Gemischtvermögen machen, sie hat sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß sie als Glieder und Mitarbeiter an einem gemeinsamen Werke sich gegenseitig dienen sollen.

III. Die Ungleichheit der Vermögensverhältnisse ist nicht als ein Unglück, sondern als ein nothwendiger Ansporn zu größeren Leistungen und Fortschritten zu betrachten. Der Besitz materieller Güter darf jedoch nicht Selbstzweck sein und das wahre Lebensglück ist nur in Gütern, die allen Menschen erreichbar sind, zu suchen, also in dem Frieden des Gemüths und in der Kraft der Liebe. Die in der Welt vorhandene äußere Not legt der Gesellschaft die Pflicht auf, ihren leidenden Mitbrüder in der Bekämpfung des Mängels zur Erreichung ihrer höheren geistigen und fittlichen Lebensziele kräftig beizutragen und die sociale Hilfsleistung überall zweckmäßig zu organisieren.

IV. Die kirchlichen Gemeinschaften haben alle ihre Glieder abzumahnen, die zufällige wirtschaftliche Überlegenheit, welche sich bald auf Seiten der Unternehmer und Capitalisten, bald auf Seiten der vereinigten Arbeiterschaft befindet, künftig zu mißbrauchen und die Freiheit, zu der wir berufen sind, durch Gewalt von oben oder unten zu vertilgern; sie sollen vielmehr durch Kräftigung des Glaubens an unsere höhere Bestimmung, durch Verstärkung des Pflichtgefühls, sowie durch Förderung der Bildung und des Gemeinsinns das ganze praktische Erwerbsleben weisen und verbreiten.

V. Vor allen Dingen muß die Kirche die ihr obliegende Mitarbeit zur Befreiung der sozialen Schäden an dem herannahenden Geschlecht vollziehen, indem sie den Religionsunterricht während der Schulzeit so gestalten hilft, daß die jugendlichen Gemüther in fruchtbarer Weise von dem Geiste des Christenthums durchdrungen werden, und indem sie weiter auch bei der konfirmirten Jugend für eine nachhaltige Pflege des religiösen fittlichen Lebens Sorge trägt.

VI. Die Geistlichen sind berufen, mit der Seelsorge und Pflege aller idealen Güter auch die Erkenntniß der Grundbedingungen der Volkswohlfahrt zu fördern, die darüber herrschende Mitherrschaft zu befeißen und namentlich durch eine regere Theilnahme am Gemeindeleben und an allen gemeinnützigen Betreibungen, sowie durch Sorge für eine würdige Volksliteratur und Presse an der Herstellung des sozialen Friedens praktisch mitzuarbeiten.

Zu Präsidenten für die öffentlichen Verhandlungen wurden gewählt Herr Geheimrat Bluntschli und Geh. Hofrath Prof. Fresenius. Die Befreiung der Säze über die Abnahme des theologischen Studiums ließerte eine Reihe von Vorschlägen, deren Erledigung einer besonderen Commission übertragen wurde. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Frankfurt, 29. September. [Preßprozeß.] Die „Fr. Ztg.“ schreibt:

Der verantwortliche Redakteur unseres Blattes, Herr Otto Hörrth, war heute Vormittag vor das Untersuchungsgericht geladen. Es handelte sich um einen in unserem Morgenblatte vom 24. September unter „kleinen Mittheilungen“ aus dem Stuttgarter „Beobachter“ abgedruckten Artikel, der gegen den „Schw. Merkur“ wegen „Goethe's Pech“ bezüglich des ungefährten Fallens seines Geburts- und Todestages polemisiert, und in welchem die Staatsanwaltschaft eine Majestätsbeleidigung erblicken will. Herr Hörrth hat die Verantwortlichkeit für den Artikel übernommen.

Dresden, 27. Sept. [Graf Herbert Bismarck], seither der königl. preuß. Gesellschaft hier attachirt, verläßt (wie bereits gemeldet) Dresden, um in gleicher Eigenschaft in die preußische Gesandtschaft in München zu treten. Sein Vater erzieht ihn nach einem gewissen Systeme für den diplomatischen oder Reichsdienst, er läßt ihn das Terrain der deutschen Höfe mittelst eigener Beobachtung studiren.

Dresden, 30. September. [Seminario Lehrer: Versammlung.] Heute ist hier der zweite deutsche Seminarlehrertag eröffnet worden. Derselbe wurde durch den Staatsminister Dr. v. Gerber Namens der sächsischen Regierung begrüßt. Der Geheime Ober-Regierungsrath Waeholdt aus Berlin hob das Interesse hervor, welches das preußische Unterrichtsministerium an den Verhandlungen der Versammlung nehme. Zum Präsidenten wurde der Seminardirector Schulze aus Berlin, zum ersten Vicepräsidenten der Schulrat Eberhardt aus Eisenach, zum zweiten Vicepräsidenten der Seminardirector Kühn aus Dresden gewählt. Die Versammlung zählte gegen 180 Theilnehmer.

Aus der sächsischen Oberlausitz, 29. Septbr. [Ein recht gemütlicher Reichstagsabgeordneter] ist Prof. Fröhlauf in Berlin. Er erklärt in der „Oberlausitzer Dorf-Ztg.“ folgende Ansprache an seine Wähler: „Meiner Ansage gemäß gedenke ich acht Tage vor Beginn des Reichstags in einigen Orten in der Mitte meiner Wähler zuzubringen. Ich würde gern mit dem Zweck einer Berichterstattung den weiteren Zweck verbinden, zu Gunsten einer Weihnachtsbelehrung für arme Kinder ein geringes Eintrittsgeld zu erheben und einen der Herren bitten, das Ehrenamt der Kasse zu übernehmen, später aber die Einnahme an den Herrn Gemeindeschreiber abzugeben. Auf diese Weise also ließe sich mit unserer Abendunterhaltung zugleich ein freundlicher Zweck verbinden.“ — Ich wäre meinen lieben Wählern gern „zur Kirche“ gekommen, es hat mich aber Niemand eingeladen. Ungebetne Gäste aber kommen, sagen meine Elsauer und Schönbacher, „am Ende Winke“. Mehr Gemüthslichkeit läßt sich nicht wohl verlangen. Ein Reichstagsabgeordneter, der seine Berichterstattung als Abendunterhaltung gegen geringes Eintrittsgeld zu wohltätigen Zwecken zum Besten giebt, ist wohl kaum dagelesen! — Die Ditsvereine der Oberlausitz hatten am Sonntag in Löbau eine Zusammenkunft ihrer Delegirten, um über die Gründung eines Agitationsverbandes der Gewerkschaften der Oberlausitz zu berathen, die von Görlicz angeregt war. Die Statuten wurden genehmigt und Görlicz zum Vorort gewählt. — Die neue Städteordnung stellt es den Städten frei, statt des Dualismus in der städtischen Verwaltung den Unitarismus einzuführen und einen aus Magistrat und Stadtverordneten gebildeten Stadtgemeinderath einzusezen. Von sämtlichen Lausitzischen Städten hat bisher nur eine, Löbau, sich für den Unitarismus entschieden.

Fürthheim, 30. September. [Über die Erwahl im Reichstagwahlkreise Fürthheim] liegt bis jetzt das Resultat aus 34 Wahlorten vor. Nach demselben wurden für den Fürsten Hohenlohe 3509 Stimmen, für den Pfarrer Krapp 1743 Stimmen abgegeben. Die Wahl des Fürsten Hohenlohe gilt für sehr wahrscheinlich.

Constance, 26. Sept. [Deputation.] Gestern war eine Abordnung aus Thiengen bei dem Großherzog auf der Mainau, um dessen Verwendung in ihrer Berufungssache gegen die Auslieferung der dortigen Stadtstrafe an die Alt-katholiken nachzuforschen. Der Großherzog soll dieselbe, nach der „Bad. Post.“, mit großer Aufmerksamkeit angehört, schließlich aber auf den gesetzlichen Weg verwiesen haben.

## Schweiz.

Zürich, 27. September. [Prof. Biermer.] Das Abschiedessen zu Ehren unseres leider Zürich verlassenden Herrn Professor Biermer am Freitag im Saale des „Zürcherhofes“ gestaltete sich durch die große Zahl der daran teilnehmenden Collegen, Freunde und Schüler des Scheidenden, sowie die gehaltvollen Toasten zu einer glänzenden Anerkennungsfeier der Verdienste desselben. Nachdem die H. Prof. Frei, Dr. Behnder und Reg.-Rath Müller die seltenen Eigenarten, echt humanen Gesinnungen und ausgezeichneten Leistungen des Geehrten, seine Verdienste um die Hochschule, den Kanton und

die Stadt aufs Wärmste anerkannt hatten, antwortete Herr Professor Biermer, indem er mit herzgewinnender Offenheit die Gründe darlegte, welche ihn zur Annahme des Rufes nach Breslau bewogen haben. Für die vielen Beweise von Liebe und Anhänglichkeit dankend, ließ er Stadt und Kanton hochleben.

## Frankreich.

Paris, 28. September. [Über Oberst Stoffels neue Broschüre] schreibt man der „Köl. Z.“ unter dem heutigen:

Mit dem gestern Mittwochsende endigt Stoffels erstes historisches Capitel. Während nun der Prozeß Bazaine sich vorbereitet, wurde Stoffel einmal verhört und, wie er sagt, stellte der General Rivière ihm gleich höchst sonderbare Fragen, die von der Voransetzung auszugehen schienen, der Kaiser Napoleon habe die Unterschlagung der fraglichen Depeschen entweder selbst oder durch Stoffel vorgenommen. Dieser erinnerte sich augenscheinlich der Sachlage nur mangelhaft, da ihm das ganze Actentück seiner Zeit unwichtig erschien war, und gab confuse Antworten. Indessen endigte die Unterredung damit, daß Rivière dem Obersten erklärte: „Ich habe früher geglaubt, daß Sie die Depesche unterschlagen hätten; jetzt aber glaube ich Ihnen und denke, der Kaiser hat es selbst gethan.“ Das war das einzige Mal, wo Stoffel zur Vorunterredung herangezogen wurde; und als nun die Anklage gegen Bazaine verhandelt wurde, da enthielt der Anklageact gleichzeitig ein formelles Requisitorium gegen Stoffel. Es hiess in dem Bericht Rivière: „Die Depesche ist wenigstens zwei Mal vom Obersten Stoffel zurückgehalten worden; das erste Mal am 22. in der telegraphischen Abchrift, das zweite Mal im Original am 25.“ Es folgte ein oratorischer Tadel und die Anerkennung, daß der Oberst nur auf Befehl des Kaisers so gehandelt haben könne. Während der Verhandlung gestaltete sich die Sache zu einem direkten Streit zwischen Stoffel einerseits, Mac Mahon und namentlich d'Abzac andererseits. Der Maréchal erklärte, er erinnere sich nicht, die Depesche erhalten zu haben, fügte aber hinzu: „Es ist aber wahrscheinlich, daß ich auch nach Empfang derselben weiter auf die Meuse zu marschiert wäre.“ Am 3. November, als die Depesche schon zu unverdienter Wichtigkeit aufgeblasen war, ließ der Herzog von Almalo wieder bei Mac Mahon anfragen, und dieser antwortete: „Ich erinnere mich nicht, jene Depesche erhalten zu haben, und es scheint mir unmöglich, daß ich sie hätte versiegeln sollen, weil sie mir erlaubt haben würde, die Bewegung nach Osten einzuhalten, wenn die Umstände es erfordert hätten.“ Der Oberst d'Abzac wollte von gar nichts wissen, weder vom Inhalt der Depesche, noch davon, daß er geweckt worden sei, um die Originale entgegenzunehmen.

Dagegen erklärten Mies und Rabasse, als sie vernommen wurden, übereinstimmend, sie hätten in der That dem Obersten d'Abzac jene drei Schriftstücke in der Nacht überreicht. Der Oberst, mit ihnen konfrontirt, leugnet bestimmt. Aber das Auftreten der Polizei-Agenten machte doch auf das Publicum einen bedeutenden, für ihn und für das Gedächtnis Mac Mahon's unverhofften Eindruck. Man trieb die Untersuchung nicht weiter, vernahm weder Marescalchi noch die Dienstmägde des Hauses in Rethel, offenbar um den jetzigen Staatschef nicht in eine unangenehme Sache zu verwickeln, und setzte Stoffel hinzu — um den Verdacht des Unterschreis auf dem Kaiser und mir führen zu lassen, da man die Bonapartisten schuldig finden wollte. Die Aufmerksamkeit wurde von d'Abzac dadurch abgelenkt, daß am 4. November der Regierungskommissar Bourcet erklärte:

„In Erwägung, daß aus den Aussagen der Zeugen Mies und Rabasse so wie aus andern Zeugnissen genügende Verdachtsgründe hervorgehen, daß Oberst Stoffel . . . . die genannten Depeschen zerstört, verbrannt oder zerissen habe . . . . erklären wir, daß wir uns die gerichtliche Verfolgung des Obersten Stoffel vorbehalten.“

Aus diesem Vorgehen entwickelte sich denn später Stoffel's Gesuch, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Man entsprach demselben; der Oberst Clapier führte als Special-Commissioner der Regierung die Voruntersuchung. Sein Bericht liegt noch auf dem Kriegs-Ministerium, und Oberst Stoffel bittet dringend um Veröffentlichung derselben. Einzelheiten stellt er in seiner Broschüre die Aussagen 1) des Obersten d'Abzac, 2) der Agenten Mies und Rabasse nebeneinander und fügt aus dem ihm bekannten Untersuchungsmaterial die Aussagen 3) der beiden Dienstmägde hinzu, welche den beiden Agenten zu Rethel in der Nacht des 25. August die Thür geöffnet und sie zum Diensthauptmann Officier Marescalchi geleitet haben, endlich 5) die Aussage Marescalchi's selbst.

Diese drei letzten Zeugnisse bestätigen Punkt für Punkt die Angaben Stoffel's und der Polizei-Agenten. Die eine Magd hat sogar den Obersten d'Abzac sagen hören: „Wir kennen das schon seit zwei Tagen“ u. s. w. Marescalchi hat den Obersten geweckt und gesehen, wie er den Agenten die Depeschen zurückgab.

Es ist nicht anzunehmen, daß Stoffel in seiner Broschüre diese Zeugnisse falsch citirt haben sollte, und so hat denn in der That der Oberst d'Abzac hierauf seine Partei vollständig und unverdeckt verloren. Der Sieg, der seine Aussagen niederschmettert, trifft sogar noch etwas höher, und er stellt vor Allem das unqualifizierbare Verfahren des Tribunals von Trianon an den Pranger, welches solche Befreiungsbegründungen, wie die gegen Stoffel, formulierte, ohne die nächstliegenden Zeugnisse irgendwie heranzuziehen. Nun — über den Prozeß Bazaine ist die Welt zur Genüge erbaut.

Wir kehren zu Stoffel zurück. In seinem zweiten Capitel führt er zunächst einen langen Beweis dafür, daß man der fraglichen Depesche eine viel zu große Wichtigkeit beigelegt habe. Daran war hauptsächlich der General Rivière schuld, der in dem letzten Satz eine formelle Restriction setzen wollte, welche Mac Mahon hätte veranlassen sollen, nach Paris zurückzugehen. Alle Welt erinnert sich der Nachlässigkeit und Unrichtigkeit, welche Rivière sich in seinem Rapport zu Schulden kommen ließ, und es bedarf kaum eines langen Beweises, daß in der That die Depesche nicht im Stande war, in den Verhältnissen und Ansichten zu Chalon etwas wesentlich zu ändern. Stoffel kannte ihn bedeutend ab, und der Betroffene wird schwerlich beim unparteiischen Publikum viel Mitleid finden. Aber auch der Herzog von Almalo bekommt sein Theil dafür, daß er die Deductio Rivière's acceptirt hat.

Es ist nicht sehr zu verwundern, daß ein General vom Genie (Rivière), der keine Kriegserfahrung besitzt und die Strategie studirt hat, sich über den Sinn einer Depesche getäuscht habe. Erstaunlich ist, daß der ehemalige Präsident des ersten conseil de guerre der ersten Division seinen Irrthum theilte. Dieser commandirt heute ein Armeecorps. Gott gebe, daß er die Correspondenz Napoleon's I. studire und bedenke; dort wird er lernen können, in welchen Weise man im Kriege Befehle giebt. Dort kann er sehen, wie der Kaiser sich ausdrückt, wenn er wollte, daß einer seiner Untergebenen seine Stellung nicht verlassen sollte, und er kann sich überzeugen, daß Generale aus seiner Schule nie begriffen haben würden, wie man einen Satz wie den Schlussatz der Depesche vom 20. als einen Befehl zum Da-blieben aussaffen konnte.

Aber was soll man denken, fährt der Verfasser fort, wenn man sieht, daß alle Leute die Interpretation des Rapporteurs und des Präsidenten als eine feststehende Wahrheit annehmen? Man erkennt hier einen neuen Beweis für die geistige Inferiorität des französischen Publikums: es nimmt Alles an, es glaubt Alles, es prüft nicht, denkt niemals nach, und die größten Abgeschmacktheiten sind ihm Recht, wenn sie ihm nur mit Applomb vorgetragen werden!

Sie glauben heute alle, daß Mac Mahon die Depesche nicht erhalten habe, und daß er, wenn sie ihm zugemessen wäre, seinen Plan geändert haben würde.

Um nun zu zeigen, wie wenig das letztere wahr sei, erzählt der Oberst nachfolgende Episode: „Wir haben oben gesehen, daß der Maréchal von Chalon nach Osten abzog mit dem Gedanken im Herzen, daß seine Armee nicht im Stande sei, sich zwischen die feindlichen Corps zu wagen. Trotzdem ging er, wohl unter dem Einfluß des Gesetzes, daß man ihn in Paris für eine Niederlage der Rheinarmee verantwortlich machen würde. Aber je weiter er kam, desto mehr fand sein Vertrauen, und am 27. August, in Châlons, entschloß er sich, den Vormarsch aufzugeben und sich nach Südwesten zurückzuziehen. Die Ordres wurden ausgesetzt, wonach die Armee sich am andern Tage auf Poix und Mézières wenden sollte. Ich befand mich an jenem Tage im Cabinet des Maréchals, und er dictierte mir eine Depesche an den Kriegs-Minister, worin er ihm seinen Entschluß und dessen Gründe auseinandersetzte. Der genaue Wortlaut dieser Depesche ist mir nicht mehr gegenwärtig, aber ich glaube nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß es die ist, welche sich im Band I der „Papiere der kaiserlichen Familie“ Seite 415 findet.

Bringen Sie diese Depesche zu d'Abzac!, sagte mir der Maréchal, und lassen Sie ihn dieselbe sogleich expedieren! Ich erhob mich, um den Befehl auszuführen, als der General Faure, Chef des Generalstabes, eintrat. Der Maréchal legte ihm die Depesche vor, und Faure sprach die mir unvergeßlichen, prophetischen Worte: „Glauben Sie nicht, Herr Maréchal, daß Sie Unrecht daran thun, dem Minister diese Depesche zu schicken? Man wird Ihnen von Paris aus in solcher Art antworten, daß Sie vielleicht verhindert sein werden, Ihre neuen Pläne auszuführen. Sie könnten dieselbe erst morgen abschicken, wenn wir schon auf dem Marsche nach Mézières sind.“ Und

richtig, am andern Morgen um 1 Uhr telegraphirte der Kriegs-Minister an den Kaiser, was folgt:

Paris, 27./8., 11 Uhr Abends. Wenn Sie Bazaine im Stiche lassen, ist die Revolution in Paris, und Sie selbst werden den Angriff aller Kräfte des Feindes auszuhalten haben. Gegen das, was von außen kommt, wird Paris sich schützen. Die Festungswälle sind fertig. Es scheint nur dringend nötig, daß Sie schleunigst zu Bazaine durchdringen. In Châlons ist nicht der Kronprinz von Preußen, sondern einer der Prinzen, Bruder des Königs, mit einer Vorhut und bedeutender Cavalleriemacht. Ich habe Ihnen heute Morgen zwei Nachrichten telegraphisch mitgetheilt, wonach der Kronprinz, die Gefahr merkend, welcher Ihr Flanzenmarsch sowohl seine Armee wie diejenige, die Meß blockiert, aussetzt, seine Richtung geändert haben, und nach Norden marschiren soll. Sie sind ihm wenigstens 36, vielleicht 48 Stunden voraus. Vor sich haben Sie nur einen Theil der Truppen, welche Meß blockiert und die sich, als Sie Ihren Rückzug von Châlons nach Reims wahrnahmen, nach der Argonne zu ausgebrettet haben. Ihre Bewegung auf Reims zu hatte sie gefährdet. Wie der Kronprinz von Preußen so hat hier Ledermann die Notwendigkeit eingesehen, Bazaine Lust zu schaffen, und die Sorge, womit man Ihren Bewegungen folgt, ist außerordentlich groß.“

Für den Fall, daß dieses Telegramm noch nicht bestimmt auf Mac Mahon wirken sollte, folgte am 28. Mittags 1½ Uhr noch das folgende nach:

Kriegs-Minister an Mac Mahon. Dringlich. Paris, 28./8., 1½ Uhr. Im Namen des Ministerhauses und des conseil privé bitte ich Sie, Bazaine Hilfe zu bringen, indem Sie sich die 30 Stunden Vorfahrt zu Nutze machen, welche Sie vor dem Kronprinzen von Preußen voraushaben. Ich dirige das Corps Vinoy nach Reims.“

Diese Depesche erhielt Mac Mahon in Stonne. Seine Entschließung war von entscheidender Wichtigkeit. Während er deliberirte, schickte ihm der Kaiser zwei Bots, um ihn daran zu erinnern, daß obige Depeschen keine Bezeichnung seien, daß er, der Maréchal, freier Herr seiner Entscheidungen sei, und daß der Kaiser ihn bitte reislich zu überlegen, ehe er den Rückzugplan aufstapse.

Mac Mahon entschloß sich, den Parisern nachzugeben, und zog nach Sedan. Er erkannte übrigens die Wichtigkeit und Gefährlichkeit seines Schrittes so wohl, daß er die erste der beiden partie Depeschen vier Mal kopierte ließ, damit sie sicher nicht verloren ginge und dereinst vielleicht als Entlastungswaffe dienen könnte.“

Mit dem Vorstehenden ist der historische Inhalt der Broschüre erschöpft; man sieht, daß die letzten Notizen einen Theil der Verantwortung für den Maréchal nach Sedan von den Schultern Napoleon's und Mac Mahon's abwälzen, aber nur, um sie auf Palisau und die Kaiserin niederfallen zu lassen. Es erübrigt nun noch, der Urtheile Stoffel's über Personen und Zustände, die in seine Darstellung einfließen, Erwähnung zu thun.

Dieselben sind im Allgemeinen sehr herb. In einem besondern Resumee sah er alles das Rechtswidrige, was in seinem Fall vorgekommen, zusammen. Namentlich betont er, daß man ihn, den vermeintlichen Depeschendien, dennoch als Zeugen im Prozeß Bazaine vernommen habe, und er beklagt sich mehrmals bitter, daß er einen Theil seiner Gefangenschaft unter gemeinsamen Dieben und Betrügern habe zu tragen müssen. „Es war noch sehr gnädig“, sagt er, „daß die Herren mich nicht geschoren und in eine gestreite Zelle gestellt haben.“ Wie er Rivière und Almalo behandelt, haben wir oben zum Theil schon gesehen; der Ignoranz Rivière's und der Falschheit seines Verfahrens sind ganze Seiten gewidmet; nebenbei werden die Generale vom Genie überhaupt meist recht schlecht behandelt. Von Herrn Thiers sagt er an einer Stelle. „Herr Thiers, damals Staatschef, hatte mich aus niedriger Ränge (basse rancune) willkürlich aus den Ranglisten der Armeen streichen lassen.“ Das gesammte Publikum gehen folgende Stellen an:

Der intellectuelle und moralische Verfall in Frankreich ist so groß und das Gerechtigkeitsgefühl ist dasselbst so verborben, daß jene Thatsachen (das Vorgehen Courcet's gegen Stoffel und das Fallenlassen des Zwischenfalles d'Abzac) wie die einschlägige Sache von der Welt aufgenommen wurden, und daß sich weder in der Presse noch sonst irgendwo auch nur eine einzige Stimme erhob, um ihr Erstaun

Michigan und Nebraska, der Republikaner in Nebraska, Süd-Carolina, Minnesota, der Reformer, Unabhängigen, Liberalen in Michigan, Nebraska, Newyork statt. In Missouri tagte das republikanische Staats-Central-Comité. Fast jede dieser politischen Versammlungen nahm mehr oder weniger langathmige Plattformen an, deren Gemeinschaftliches das Versprechen von Reformen ist, während sie der Wahrheit nach nur das Beihilfe für den Hauptzweck der Parteipolitik, Versuch, an die Macht zu gelangen und die Verteilung der Aemter bilden. Da es nicht unsere Aufgabe ist, in dieser Beziehung auf Einzelheiten einzugehen, so geben uns diese Thätigkeitsäußerungen der Parteien wesentlich nur Veranlassung, von Neuem die Thatsache der Zerschafftheit der bestehenden Parteien und die Ungewissheit über die nächste Gestaltung der politischen Verhältnisse zu constatiren. Als ein gemeinschaftlicher Zug, wenn auch ein wenig erfreulicher, der Wahl-Campagne dieses Jahres ist zu bezeichnen, daß in dieser die leidige Temperenzfrage wieder eine hervorragende Rolle zu spielen bestimmt ist. Nach dem bis herigen Verlaufe der Campagne hat sich bereits herausgestellt, daß in der republikanischen Partei, durch die Benutzung ihrer anderen Schwächen von Seiten ihrer Gegnerinnen hart bedrängt, sich mehr und mehr die Neigung geltend macht, sich der Bundesgenossenschaft des extremen Temperenz- oder Prohibitions-Elementes zu versichern, mit dem sich die republikanische Partei mit jedem Tage sichtlicher identifiziert. Dieser Umstand wird voraussichtlich nicht nur im Westen, Illinois, Ohio, Indiana &c. den Gegenparteien wesentlich zur Förderung und Einigung, namentlich von Seiten der deutschen Stimmgeber gereichen, sondern auch in tonangebenden republikanischen Staaten des Ostens den Auflösungs-Prozeß der herrschenden Partei beschleunigen.

Noch verworrenere und schwieriger als die Parteistellung in der nördlichen Abtheilung der Union erscheint fortwährend die südstaatliche Frage, welche durch die vor acht Tagen erwähnte Quasi-Proklamation des Präsidenten Grant (mit Anweisungen an die Bundesbeamten in den Südstaaten wegen Verhütung und Unterdrückung drohender Racen-Confitüre) ein neues Relief erhalten hat. In Folge des erwähnten Executive-Erlusses veröffentlichte die demokratische Staats-Convention von Louisiana eine Adresse an das Volk der Union, in welcher dessen Theilnahme für den durch die Kellogg'sche Usurpations-Regierung herbeigeführten absoluten materiellen und sittlichen Ruin der besseren Klassen des Staates aufgerufen und die vom Präsidenten angeordneten Maßnahmen als ein Project zur gewaltfamen Aufrechterhaltung dieser Zustände und zur Einschüchterung der Besseres erstrebenden Urwähler gekennzeichnet wurde. Es gehört zur Zeit noch zu den schwierigsten und nahezu unlöslichen Aufgaben, zu einer vorurtheilsfreien und gerechten Beurtheilung des neuentbrannten Kampfes in den Südstaaten zu gelangen, welche durch die Bildung einer offenen „Liga des weißen Mannes“ leider scheinbar den Charakter eines Racen-Kampfes angenommen hat, aber wenn man die ursächlichen Umstände und offenkundigen Thatsachen in Ansatz bringt, vielleicht weniger dieser Namen als den eines wirklich nothgedrungenen Kampfes um die materielle Existenz selbst verdient. Unter diesen Umständen ist die Nachricht von Interesse und vielleicht Gutes versprechend, daß der Plan der Berufung einer Convention der Republikaner aller Südstaaten, welche im October in Atlanta, Ga., oder in Chattanooga zusammenentreten soll, zur Ausführung zu kommen scheint, vorausgesetzt, daß mit dieser Convention nicht blos eine neue Liga der Carpetbagger und Ausbeuter in Aussicht genommen ist. Vielleicht daß es dort einer Verständigung aller Gemäßigten und Weiseren über die allen Klassen der Bevölkerung gemeinschaftlichen Interessen gelingt, Del auf die erregten Wogen der Partei- und Racen-Gegenseite zu gießen.

Nachdem, um der Wirkung entgegenzutreten, welche der Bericht General Custer's über die Reichthümer der Indianer-Reservation innerhalb der „Black-Hills“ auf das Blatt hervorgebracht hatte, von General Sheridan eine Erklärung ausgegangen war, daß Niemandem ohne Genehmigung des Departements des Innern werde gestattet werden, das fragliche Gebiet zu betreten, ist dieses Departement mit zahlreichen Gesuchen um eine solche Erlaubnis angegangen worden. Zur Bescheidung auf alle derartigen Applicationen wurde ein Antwortschreiben aus dem genannten Departement vom 8. d. M. bekannt gemacht, in welchem unter wörtlicher Bezugnahme auf die Bestimmungen des Vertrages der Vereinigten Staaten mit den Sioux-Indianern vom 29. April 1868 nochmals eingeschärft wird, daß mit Ausnahme gewisser von der Regierung ermächtigter Agenten, Beamten &c. Niemandem gestattet sein solle, durch daß in dem Vertrage bestimmte Gebiet zu passiren oder auf demselben zu wohnen und sich dort anzusiedeln. Zugleich wurde in diesem Schreiben des Departements, sowie in einem früheren Erlass desselben an den Gouverneur des Territoriums Dakota bemerkt, daß die neutrale „Forschungs-Expedition“ des Generals Custer lediglich eine militärische Reconnoisance des Landes gewesen sei, zu dem Zwecke der Aufsuchung der besten Verhältnisse für etwa künftig nothwendig werdende Anlegung von „Militärsäulen“. Es sei jetzt „fast“ zur militärischen Nothwendigkeit geworden, daß die Armee genaue Kenntniß von diesem Gebiettheile erlange, und nur zu diesem Zwecke die fragliche Expedition unternommen worden.

(Newy. Handelsztg.)

## Provinzial-Beitung.

+ Breslau, 30. Sept. [Kindergarten-Verein.] In der heute abgehaltenen Sitzung des Vereins-Vorstandes und der Vorstände der zwölf Kindergärten wurde u. A. auch die Erteilung des Elementar-Unterrichts in den Kindergärten endgültig festgestellt. Bisher hatte jeder Kindergarten eine Elementarklasse, in der dieser Unterricht ertheilt wurde. Nach den gemachten Erfahrungen erscheint es angemessen, nicht mehr in sämmtlichen, sondern nur in vier Kindergärten diese Klasse fortzustellen zu lassen und den resp. Unterricht auch nicht an den Vormittagen, sondern den Nachmittagsstunden ertheilen zu lassen. Es wurden zu diesem Zwecke von den 12 Kindergärten diejenigen vier ausgewählt, welche durch ihre Lage am leichtesten auch von den Jöglingen anderer Kindergärten besucht werden können und zwar wurden gewählt die Kindergärten I. (Breitestraße Nr. 25), II. (Tannenbaumstraße 61), V. (Berlinerplatz 1b) und VII. (Matthiasstr. 81). Als Zeit des Unterrichts wurden die Stunden von 2—4 Uhr am Montage, Dienstag, Donnerstag und Freitag bestimmt und zugleich zugelassen, daß in denselben, in welchen Eltern dies besonders wünschen, an diesen Kindergarten, welche den Elementar-Unterricht besuchen, gesattelt sein soll, den Kindergarten bereits um 11 Uhr zu verlassen. Der Unterrichtsplan umfaßt Lesen, Schreiben, Rechnen, Anhäufungen; das Honorar beträgt monatlich für Jöglinge des Vereins-Kindergärten 10 Sgr., für Volks-Kindergärten 5 Sgr., für Schüler, welche Kindergärten nicht mehr besuchen, 15 Sgr. Anmeldungen für die Elementarklasse werden in sämmtlichen Kindergärten entgegenommen.

Im Seminar für Kindergartenlehrerinnen, welches der Verein seit Ostern d. J. statt des seitherigen halbjährigen „Cursus für Kindergartenlehrerinnen“ ins Leben gerufen, ist das erste Semester zurückgelegt. Die Resultate, welche in demselben erzielt wurden, waren so überaus günstige, daß der Vorstand seine volle Befriedigung darüber sowohl den Lehrern für ihre hingebende Treue wie den Seminaristinnen für ihren emigen Fleiß aussprechen konnte. Mit dem Prädicate „recht gut“ konnten die meisten Seminaristinnen im zweiten Semester, in dem es sich vorzugsweise um die Aneignung der Theorie und Praxis des Kindergartens handelt, zugewiesen werden. Es darf mit Zuversicht angenommen werden, daß die so vorzüglich ausgestatteten Kindergartenlehrerinnen die naturgemäße Kindererziehung nach den Grundsätzen darüber in immer weiteren Kreisen mit gutem Erfolge Eingang verschaffen.

und durch praktische Ausübung dieser Grundsätze einer immer größeren Zahl von Kindern die Vortheile solcher Erziehung zu Gute kommen lassen werden. Weniger günstig war der Eindruck, welchen die Prüfung der neu aufzunehmenden Seminaristinnen gewährte. Ein beträchtlicher Theil der selben konnte nur unter der beschränkten Bestimmung aufgenommen werden, daß sie — falls sie den gegebenen Erwartungen nicht entsprächen — den Unterricus noch einmal durchmachen müßten, oder aber das Seminar ohne Zeugnis zu verlassen haben. In Anbetracht, daß einzelne Eltern ihre Kinder auch dann nach dem Kindergarten schicken, wenn sie mit Haftauschlägen behaftet sind, muß daran erinnert werden, daß die leitenden Kindergartenlehrerinnen angewiesen worden sind, unter Mi-Wirkung der Vorstände der einzelnen Kindergärten nur dann ein solches Kind zugelassen, wenn eine ärztliche Bescheinigung dafür beigebracht ist, daß die Krankheitsercheinung durchaus ungefährlicher Natur ist.

[Zur „milden Praxis“] schreibt die Berliner „N. L. G.“: Durch die Blätter geht die Nachricht von einer eigenthümlichen „milden“ Handhabung der Maigesetze in der Provinz Schlesien. Dort wenden sich nämlich, wie es heißt, bei Neubesetzung von Pfarrstellen die betreffenden Patrone, allem Anschein nach nach vorausgegangener Verständigung mit dem Bischof, an den Oberpräsidienten mit der Anzeige des von ihnen zu präsentirenden Geistlichen, worauf der Staat gegen die Neubesetzung nichts weiter einzuhenden hat. Es wäre doch zu wünschen, daß die Regierung Aufschluß darüber gäbe, ob es mit dieser Nachricht seine Richtigkeit hat. Nach dem Gesetz vom 11. Mai 1873 sind die geistlichen Oberen, und nicht die Patrone verpflichtet, dem Oberpräsidienten die Personen, denen geistliche Aemter übertragen werden sollen, namhaft zu machen. Die Praxis, welche, wie man sagt, in Schlesien geübt wird, widerspricht also dem Wortlaut des Gesetzes.

○ Trebnitz, 30. September. [Bur Tagesschronik.] Der Kreis Trebnitz ist in 36 Standes-Amts-Bezirke eingeteilt, zu denen je 3 bis 17 Ortschaften resp. Guts- und Gemeindebezirke gehören. Die Namen der einzelnen Bezirke, der zu denselben gehörigen einzelnen Guts- und Gemeindebezirke, die Namen der betreffenden Standesbeamten und deren Stellvertreter sind durch ein Extra-Kreisblatt zur Kenntniß der Kreisbewohner vor wenig Tagen gebracht worden, und zwar mit dem Bemerk, daß nach § 55 des Gesetzes vom 9. März c. die Funktionen der vom Oberpräsidienten bereits bestätigten Standesbeamten mit dem 1. October beginnen, weshalb auch am 26. d. Mts. im Amtsblatt des Königl. Landrats v. Salisch die Bereidigung derjenigen Standesbeamten stattfindet, die bisher noch nicht in anderer Eigenschaft einen Dienst geleistet hatten. Für die Stadt Trebnitz sind der Bürgermeister Schaffer und zu dessen Stellvertreter der Beigeordnete Puschmann zu Standesbeamten ernannt und dien das im Rathause gelegene Amtszimmer des Ersten als Amtslokal. — Am gestrigen Michaelistage fand nach als hergebrachter Unſte wiederum der hierorts eigenthümliche Gefindemarkt statt und fand gewinnt es den Anschein, als ob diese Art Märkte, was die Frequenz anlangt — leider immer bedeutender würden, wie Referent wahrscheinlich Gelegenheit hatte. Sollte nun auch diese Art der Vermietung wirklich ihre practische Seite haben (?), aber in dieser Schaustellung und Vorführung, in diesem Bieten und Handeln liegt doch zweifelsohne etwas die menschliche Natur so recht herabdrückendes und die hiesigen Gefindemarkte machen allemal den Eindruck, wie in europäische Zustände übersteigt — Slavenmärkte! Die zunächst beteiligten Individuen sehen das allerdings nicht ein, im Gegentheil stehen die „Muzelmärkte“ roh angestrichen in ihrem Kalender; denn sie identifizieren sie mit dem hierbei unvermeidlichen Gedreieien, die dann oft in Kaufereien und Schlägereien ein trauriges Ende nehmen, weil nicht selten, wie auch diesmal, der Knotenstock und des Tschermekers scharfe Klinge mit in Aktivität treten. Zahlreiche Trunkenbolde mit blutigen Köpfen und die mehrfachen Verhaftungen, welche nötig wurden, dürften den betreffenden Behörden zur Kenntniß befunden, dieser, aller Moral höhnischend Einrichtung mit voller Entschiedenheit entgegenzutreten und mit deren gänzlicher Abstellung endlich einmal vorzugehen: denn daß ein solcher Gefindemarkt nicht zeitgemäß ist und unserm Trebnitz keineswegs zum Ruhme gereicht, wird wohl zugegeben werden müssen. Drum: „Weg mit diesem alten Hopse!“ —

[Notizen aus der Provinz.] \* Görlich. Der „Anzeiger“ meldet: Unmittelbar nachdem der Hauptmann A. v. Hohen verlassen, um die Reise nach Inner-Afrika in ein noch von keinem Europäer betretene Gebiet anzutreten, trifft hier das in Berlin gefertigte Denkmal eines Görlichers ein, der im Dienste der Wissenschaft auf einer Forschungsreise in Afrika seinen frühen Tod gefunden hat, des Dr. Herrmann Steudner. Die wohlgetroffene Büste desselben wird auf einem kunstlerisch ausgeführten Postamente in unserem Stadtparke errichtet und im Laufe des October enthüllt werden.

+ Hirschberg. Der „Bote“ berichtet: Unsere Chelustigen scheinen die letzten Tage vor Einführung der Civilehe gehörig zu benutzen, um noch vor Thoreschluss „rein kirchlich“ getraut werden zu können. Am 29. September sollen in der hiesigen Gnadenkirche allein 14 Trauungen stattgefunden haben und auch am 30. September sollen die Hochzeitswagen fast unaufhörlich die Bahnhofstraße entlang.

**Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.**

Septbr. 30. Oct. 1.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Aufdruck bei 0°.....	332°,27	332°,09	331°,43
Aufwärme .....	+ 19°,7	+ 15°,1	+ 9°,3
Dunstdruck .....	4°,64	4°,28	3°,82
Dunstättigung .....	46 v. Et.	60 v. Et.	85 v. Et.
Wind .....	S. 0	N. 1	N. 1
Wetter .....	heiter.	heiter.	heiter.

Breslau, 1. Oct. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 6 Em. U.-P. — M. — Em.

Berlin, 30. Septbr. Auch heute zeigte das Geschäftsleben keine regere Physiognomie als in den Tagen zuvor. Der bisherige Hinderungsgrund, der einer lebhafteren Entwicklung des Verkehrs entgegenstand, war, soweit er in der Ultimaregulirung gesezen werden darf, heute fortgefallen, da die letztere in der Hauptsache glatt beendet ist; die Börse hätte nun eine größere Thätigkeit entwideln und sich nach der einen oder der anderen Richtung hin engagieren können. Da dies aber nicht geschah, da die Geschäftsluft in minutiären Grenzen sich hielt und die Umfänge kaum mit wenigen Ausnahmen ganz geringfügig blieben, so müssen andere Momente einwirkend gewesen sein. In dieser Hinsicht schien es, als ob die Börse instinctiv das Ereignis einer demnächstigen Discontoerhöhung herausfühle und sich dadurch zu der abwartenden Haltung bestimmen lasse. Die internationalen Speculationspapiere nahmen im Allgemeinen ein etwas niedrigeres Courseinlauf ein und behaupteten im Großen und Ganzen auch diesen Stand bis zum Schlus, wiewohl nur unter mehrfachen Schwankungen. Ferner ist hierbei noch zu bemerken, daß die am weitesten nach unten ausschlagenden Oscillationen gerade auf den Schlus fielen. Auch die Haltung der localen Speculationsseffecten war stark schwankend, die Beteiligung am Verkehr schien jedoch eine ziemlich rege gewesen zu sein. Disconto-Commandit blieb zwar sehr still, trug aber doch einen festen Charakter und notirt per Cassa 191, per ultimo 192½—91½—91½—91½. Dortmund unter Union wurde per Cassa zu 50% gebandelt und schwankte per ultimo zwischen 51½—50—51½—49½. Laurahütte ebenfalls schwankend, zum Schlus jedoch eher fest, per Cassa 143%, per ultimo 142½—42—43½—42%. Die Destr. Nebenbahnen verkehrten wenig und nur in matterner Stimmung, namentlich unterlag Dux-Bodenbach einem Coursesdrude. Für Galizier und Destr. Nordwestbahn trat dagegen bestreite Frage auf, ersteren wurden zu steigenden Courses gehandelt und letztere gingen rege um. Auf dem Gebiete für ausländ. Staatsanleihen war die Tendenz wenig flüssig, meist mußten sich die Course kleinere Redaktionen gefallen lassen und nur Amerikaner waren unzweifelhaft fest und lebhaft. Destr. Renten und Türen blieben still und fanden nur zu herabgesetztem Course Nehmer. Italiener waren fast ohne Umsatz und blieben daher ohne Veränderung der Notiz, auch russische Werthe konnten sich nicht vor Courseinbußen bewahren, namentlich ließen S.-Anleihen nach. Preußische Fonds waren zwar fest und stellte sich auch wieder regere Frage dafür ein, nichtsdestoweniger aber war der Verkehr in diesen Werthen wie in anderen deutschen Staats-Anleihen nur unbeteiligt. Das Prioritäten-Geschäft zeigte eine Besserung sowohl in Stimmung als auch im Umfang der Transaktionen; von preußischen Devisen waren 5% und ferner Bergische 4½% begehr. Destr. Prioritäten gingen reger um, besonders Nord-Westbahn, Ungarische Nord-Ostbahn und Kaiser-Ferdinand-Nordbahn. Auf dem Eisenbahnenmarkt war der Umsatz sehr geringfügig. Die Verbindung gegen die rheinisch-westfälischen Speculations-Devisen waltete Anfangs noch vor, legte sich aber später und zu den etwas herabgesetzten Courses stellte sich

sich einige Kauflust ein. Von leichten Actien sind nur Halle-Sorauer als bevorzugt und Rummel als fest zu nennen. Bankactien blieben still, aber fest, Centralbank für Bauten wiederum höher, Breite wurde von guten Käufern gejagt, Gewerbebank besser, Quistorp sehr beliebt, Meininger nachgebend. Industriepapiere still, aber fest. Brauerei-Actien weniger als in den Tagen zuvor im Verkehr, Bauverein Königstadt rege, dersgl. Berliner Papierfabrik, Westend fest, Continental Gas nachgebend, dersgl. Berliner Eisenbahnbetrieb und Berliner Vulkan. Norddeutsche Eisenbahnbetrieb begehr, Oberschlesische anziehend und lebhaft, Union, Webers fand lebhafte Beachtung. Bergwerke nur zum Theil fest.

(Bank- u. B.-Ztg.)

[Breslau-Schweidnitz-Treiburger Eisenbahn.] Der Verwaltrungsrat hat in einer Dienstag stattgehabten Sitzung beschlossen, von dem für die Strecke Peppen-Cüstrin-Stettin benötigten Capital im Betrage von 9,700,000 Thlr. den noch nicht beschafften Rest von 5,450,000 Thlr. gemäß § 3 des Nachtrags zum Statut vom 7. Februar 1872 in Prioritäts-Obligationen demnächst zu begeben. Die kleineren Hälfte von 4,250,000 Thlr. bildet bekanntlich die Stammactien Lit. C. Zugleich wird mitgetheilt, daß die von gewisser Seite hartnäckig colportierte Nachricht, daß Directrium habe Schritte gethan, sich vor der Verpflichtung zum Weiterbau bis Swinemünde zu lösen und besonders auch die Meldung der „B.-Ztg.“, daß in der Verwaltungsratsbildung der Betrieb gefaßt werden sollte, den Bau der Bahnstrecke Stettin-Swinemünde ganz aufzugeben, vollständig der Begründung entbehren. Die betreffende Angelegenheit hat vielmehr gar nicht auf der Tagesordnung der Sitzung gestanden.

[Cöln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft.] Der „Reichs-Amt.“ publicirt das der Cöln-Mindener-Eisenbahngesellschaft verliehene Privilegium vom 31. August 1874 zur Emission von Prioritäts-Obligationen im Gesamt-Betrage von 15 Millionen Thaler befreit Deckung des Mehrbedarfs an Landeskapital für die vollständige Herstellung und Ausrüstung der Bonn-Hamburger Eisenbahn nebst der Rheinbrücke bei Wesel und den Elüberbrückungen zwischen Hamburg und Harburg, sowie zur Erbauung von Arbeiter-Wohnungen.

Leipzig, 29. Sept. [Meßbericht 2.] (Fortsetzung über Leder.) Deutsche Waare wurde bei guter Zurichtung bei 8 Pfund Gewicht mit 55—56 Thlr. bezahlt. Ueberhaupt kam es auf Reinheit des Narbens und guter Zurichtung besonders an. — Sämisch-Leder. Nachdem schon seit längerer Zeit die Zufuhren von roher Waare aus Amerika immer geringer werden und der Bedarf von Hosen- und Handelsleder immer größer wird, war es nicht anders zu erwarten, daß viel Nachfrage in diesem Artikel stattfand und sogar vieles von den alten Beständen eräumt wurde, da es überhaupt an amerikanischen Leder fehlte. In Folge dessen fanden deutsche Hirschleder mehr Beachtung denn je, wurden bald geräumt, woran auch Rehleder partizipirten. Erste holten 10—11 Thlr., zweite 8 Thlr. und dritte Sorte wurde mit 5 Thlr. bezahlt. Von Rennthier-Leder waren ca. 5000 Stück zur Stelle, wovon allein 200 Decher nach Frankfurt a. O. gingen. Waare, welche 4 Pf. pro Stück wog, holte 30 Thlr. per Decher. Glacee-Leder. Obgleich dieser Ledergentrie nicht mehr zu den Meßartikeln gerechnet werden kann, war dieselbe so viel davon am Platze, daß den anwesenden Käufern volle Auswahl in Schmaßen geboten war. Am meisten gesucht waren Schmaße und Laminiell-Schuhe, welche in großen Posten mit 6 Thlr. pro 100 Stück nach Frankfurt a. M. verkauft wurden. Idleder. Dieser Artikel scheint ganz von dem Messen zu verschwinden, und sind Verkäufe davon namentlich in Käbleder sehr gering. Saffian ist gleichfalls kein Artikel mehr für den Meßplatz, woran Lederleider und vergleichbar mehr partizipirten. Julius Kornid.

Wien, 30. Septbr. [Die Einnahmen] der Elisabeth-Westbahn betragen in der Woche vom 16. bis zum 23. Sept. 268,284 Fl., ergaben mittbin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mindereinnahme von 80,932 Fl. — Wocheeinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 16,644 Fl., Mindereinnahme 1930 Fl. — Wocheeinnahme der Linie Salzburg-Hallein 3300 Fl., Mehreinnahme 726 Fl. — Wocheeinnahme der Linie Wien-Kaiserebersdorf 1119 Fl., Mindereinnahme 1195 Fl. — Wocheeinnahme der Linie Steindorf-Braunau 2134 Fl., Mehreinnahme 308 Fl.

Brüssel, 25. September. [Congress für die Numerirung der Gespinste.] Der Congress hat in seinen 3 Hauptstühlen seine Aufgaben erledigt. Die Gleichmäßigkeit der Teilnahme von allen Ländern, die Beteiligung mehrerer Regierungen, einer Reihe von Handelskammern, Spinnereibesitzern, Directoren, Webereibesitzern und Wissenschaftlern ermöglichte eine ebenso eingehende als gründliche Lösung der Frage. Von besonderem Werthe war zunächst das Factum, daß Herr Karcher (Colmar) nach langer Beschäftigung mit der Frage gefunden hatte, daß die meisten gangbaren Haspelungen, zumal auch in England, sich des Perimeters von 1,37 M. bedienen können, um eine metrische Conformatität in den Aufmachungen aller Länder zu erreichen. Pouyer Duquier (der frühere französische Minister) als Vertreter der Normandie sprach sich in einer langen Rede für diese Aufmachung aus und hob hervor, daß der Kontinent durch Annahme derselben und striktes Festhalten daran die englische Manufactory zwingen könnte (entrainer et obligé) die gleiche Numerotage zu gebrauchen. — Beziiglich der Seide wurde eine Vereinbarung getroffen, welche alle Theile befriedigte. — Für Deutschland ist dieser Congress um so wichtiger, als Anfang October der Handelsstag sich mit dieser Frage der Garnnumerirung beschäft

